

DIE ZEIT DAS
PHILOSOPHISCHE
Menü

Ausgewählte ZEIT-Artikel über

VERANTWORTUNG

VERANTWORTUNG

Zum 50. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1998 schlugen wichtige Staatsmänner unter Führung des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt vor, die Menschenrechtserklärung durch eine »Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten« zu ergänzen. Zur Begründung sagte Schmidt damals: »Wir Bürger können nicht nur unsere Rechte wahrnehmen, um uns vor der Willkür anderer zu schützen, wir müssen auch Pflichten und Verantwortung gegenüber denjenigen Menschen haben, mit denen wir zusammenleben.« Denn nur durch das doppelte Prinzip von Freiheit und Verantwortung könnten Demokratien überleben. »Wenn Menschen nicht lernen, die Balance zwischen beiden kategorischen Imperativen – Freiheit und Verantwortung – herzustellen und zu halten, dann ist in der Tat der Frieden gefährdet.«

Doch der Vorschlag fand damals keinen Anklang. Freiheit: ja! Aber Verantwortung? Das klang vielen offenbar zu sehr nach Einschränkung und Pflichtgefühl, nach altertümlichen Werten, die in der modernen individualistischen Gesellschaft nicht sehr populär waren. Tatsächlich bezog sich der Begriff »verantworten« ursprünglich im Mittelalter darauf, als Angeklagter vor Gericht kritische Fragen zu beantworten und für das eigene Verhalten einzustehen. Und wer will schon das Gefühl haben, auf der Anklagebank zu sitzen?

Daher ist es mit der Verantwortung bis heute so eine Sache: Gern wird sie dann übernommen, wenn mit ihr erfreuliche Dinge wie Anerkennung und Erfolg ver-

knüpft sind. Angesichts wohlzogener Kinder etwa oder gelungener Projekte sonnt man sich gerne im Licht der eigenen Verantwortung; hat der Nachwuchs dagegen etwas ausgefressen oder ist das geplante Vorhaben schiefgegangen, sucht man die Schuld möglichst auf andere abzuschieben, die dafür verantwortlich sein mögen.

Dass das sowohl in der großen Politik wie im Privatleben gilt, zeigt nicht nur die Alltagserfahrung, sondern auch die Wissenschaft: Psychologische Experimente belegen, dass Menschen sich stärker für eine Handlung verantwortlich fühlen, wenn deren Ergebnis positiv ist, als wenn der Ausgang negativ ist. Das gilt sogar dann, wenn der eigene Einfluss in Wahrheit völlig unbedeutend war. Die Forschung bestätigt damit das Bonmot des englischen Nationalökonomen Richard Cobden, der schon im 19. Jahrhundert bemerkte: »Der Erfolg hat viele Väter. Der Misserfolg ist ein Waisenkind.«

Spätestens die Corona-Pandemie hat uns jedoch vor Augen geführt, wie eng Freiheit und Verantwortung zusammenhängen. Eine Gesellschaft kann nur funktionieren (und eine ansteckende Pandemie nur bekämpft werden), wenn sich jede und jeder Einzelne in seinem Verhalten auch der Verantwortung gegenüber den anderen bewusst ist. Sonst wird aus der falsch verstandenen persönlichen Freiheit schnell eine egoistische Rücksichtslosigkeit, die letztlich allen schadet.

Denn kein Grundrecht – auch das eine Lehre im Umgang mit Corona – kann für sich allein absolute Gültigkeit beanspruchen. Die Grundrechte gelten immer nur gemeinsam, und deshalb hört die eigene Freiheit (etwa die Meinungs- oder die Religionsfreiheit) dort auf, wo sie die Freiheit der anderen auf übermäßige Weise einschränkt. So gesehen erfordert jede Art von Freiheit immer auch ein Wissen um ihre Grenzen und ein Bewusstsein für die damit einhergehende Verantwortung. Vielleicht ist erst jetzt die Zeit gekommen, Helmut Schmidts Vorstoß richtig zu würdigen.

Ulrich Schnabel

Vorwort	5
Von Ulrich Schnabel	
Business-Sprache: Erst denken, dann reden	11
Ein Plädoyer wider die Sprache der Verantwortungslosigkeit im Unternehmensalltag Von Markus Baumanns	
Erinnerungskultur: Ist die historische Verantwortung für alle Deutschen gleich hoch?	15
Oder machen Abstammung und Migrationsgeschichte einen Unterschied? Eine Deutschiranerin, ein jüdischer Deutscher und ein Enkel von Nazi-Großvätern streiten über ihre Pflicht, an den Holocaust zu erinnern – und über ihr Verhältnis zu Israel. Interview: Jochen Bittner und Verena Friederike Hasel	
Debattenkultur: Der Wille zur Schuld	23
Sind wir für Übel in aller Welt verantwortlich? Eine philosophische Klärung in einer moralisch aufgeheizten Debatte Von Maria-Sibylla Lotter	

Und ich bin nicht da

30

Die geliebte Oma ist krank,
doch die Enkelin lebt längst weit weg.
Über das schlechte Gewissen einer Generation
Von Maria Caroline Wölfle

Das neue Wir

38

Wie wir in Krisen zusammenhalten
und Verantwortung übernehmen
Von Cathrin Schmiegel

Business-Sprache: Erst denken, dann reden

*Ein Plädoyer wider die Sprache der Verantwortungslosigkeit
im Unternehmensalltag*

Von Markus Baumanns

»Vertrauen ist der Anfang von allem«, so lautete einst der Slogan der Deutschen Bank. Heute verbinden wir mit dem Geldhaus den Missbrauch von Vertrauen: mehr als 6000 Prozesse weltweit in Sachen Geldwäsche, Steuerkriminalität, Zinsmanipulation. Strafzahlungen von 2,5 Milliarden Dollar an amerikanische und britische Behörden. Die Skandale erwuchsen aus einer Melange aus Fehleinschätzungen, Selbstoptimierung und Mitläufertum in den Führungsetagen. Ähnliche Mechanismen dürften beim Fälschen von Abgaswerten bei Volkswagen gegriffen haben. Bei den vielen Skandalen, die Siemens in den vergangenen Jahren erschütterten, war ebenfalls eine Kultur der Verantwortungslosigkeit am Werk, die Entscheidungen beeinflusste.

Auf welchem Boden die Kultur des Misstrauens und der Unverbindlichkeit gedeiht, zeigt sich an der Sprache, die wir in der Wirtschaft verwenden. Wir sind umgeben

vom Bullshit inhaltsleerer Floskeln, geistlose Denglizismen beherrschen deutsche Unternehmensflure. Es wird »geleveraged«, »Value geadded«, »gestreamlined« und »gebrainstormed«, was das Zeug hält. Der »Innovationsapproach«, zu dem sich alle »zeitnah committen« mögen, soll wohl Professionalität suggerieren, ist im Kern aber nichts als heiße Luft.

Entlarvend für die Kultur der Verantwortungsdelegation ins Nirgendwo ist der gedankenlose Gebrauch des Passivs und Konjunktivs: »Man müsste einmal das Marktumfeld untersuchen«, »Die Preisstrategie im Drittgeschäft sollte angepasst werden«. Wer jetzt? Was? Wie? »Man« und der Infinitiv als Synonym für: »Keiner ist verantwortlich.« Die Bezeichnung von Veränderungsvorhaben mit dem Begriff »Change-Management« spricht für sich: Substantive, kein Verb, kein Subjekt. Verantwortung für Veränderung wird an einen »Prozess« delegiert, der quasi von allein läuft. Kein Wunder, dass der Großteil der Veränderungen nicht zum Ziel führt.

Bei der Unternehmensleitung ist die Verzweiflung über die »Belegschaft« groß: »Wir brauchen mehr Flexibilität, mehr Eigenverantwortung«, so das Mantra. Mit der Eigenverantwortung wollen wir es aber nicht übertreiben. Wir wollen nämlich keine »unkalkulierten Risiken« eingehen. Lassen Sie sich diese Worte auf der Zunge zergehen: Unternehmertum ohne Gefahren bitte schön! Die Führungskräfte verwenden viel Zeit darauf, wie sie die »Mannschaft ins Boot holen«, »mitnehmen« oder »abholen«. Bei genauerer Betrachtung heißt das nichts anderes als: »Kommt her, ihr Ahnungslosen. Wir sind die Kapitäne, die kommandieren. Wir wissen, wo es langgeht. Nur ein paar Idioten an den Rudern fehlen uns noch. Also rein ins Boot!« »Abholen«: Jemand steht irgendwo dumm rum, der Volksmund sagt: »wie bestellt und nicht abgeholt«. Eigenständiges Denken ist nicht erwünscht. Solche Floskeln sind Ausdruck größter Geringschätzung gegenüber der Kraft der Ideen der vielen Mitarbeiter und Ausdruck des Anspruchs eigener Allwissenheit. Zu tief sitzt in Wahrheit das Misstrauen gegenüber der angeblich »wichtigsten Ressource«, dem »wichtigsten Asset«, »dem Faktor Mensch«. Deutlicher könnte die Einstellung zu Mitarbeitern nicht sein: Assets werden nämlich in der Bilanz aktiviert und über die Jahre abgeschrieben.

Bei allem Verlangen nach Unternehmertum stehen Harmonie und »Ruhe im Unternehmen« auf der Wunschliste der Führungskräfte ganz oben. Soll heißen: »Unruhe« oder »Sand im Getriebe« – wichtige Antreiber für notwendige Veränderungen – sind tunlichst zu vermeiden. Doch die »Abteilungen«, die Führungskräfte schaffen, teilen eben auch ab, wie der Name sagt. Und Prozesse zementieren Abläufe, die morgen schon von der Realität eingeholt werden. Der viel artikulierte Drang nach dem »Aufbrechen der Silos« wird so jedenfalls nicht befriedigt.

Dann das von Halbwissen geprägte Nachplappern von Schlagwörtern, hinter denen alle herlaufen: »Innovation«, »disruptive Veränderung«, »digitale Transformation«. Wer weiß eigentlich, was Clayton Christensen meinte, als er das Wort der Disruption in die betriebswirtschaftliche Diskussion einführte?

»Wir leben Innovation«, »Wir liefern innovative Kundenlösungen«, so heißt es auch oft. Dabei ist schon der Begriff nicht klar definiert. Die inflationäre Verwendung des Zauberwortes ist Ausdruck unerfüllter Sehnsucht. Denn alle Innovationsbemühungen ersticken im Gestrüpp von Hierarchien und Prozessen, in endlosen Meetings, quälenden Abstimmungsorgien und Kämpfen an »Schnittstellen«. Wir müssen »schneller werden«, unsere »Prozesse verschlanken«, kurzum: »Wir brauchen einen Start-up-Spirit!« So halten Führungskräfte verzweifelt dagegen. Was für ein Bullshit! Als ob sich bestehende Organisationen in Start-ups verwandeln ließen. Und »Unternehmer im Unternehmen« haben zu wollen ist schlichtweg eine Illusion. Angestellte sind keine Unternehmer, sonst hätten sie ein Unternehmen gegründet. Eher müsste man Schnittstellen zu Nahtstellen machen und neue Formen der Zusammenarbeit ausprobieren.

Um den Kunden geht es bei alledem als Letztes. Dass es aber auch anders geht, beweist mancher in Familienbesitz befindliche Mittelständler, der von »langfristigem Erfolg« und dem Wert »stabiler Kundenbeziehungen« spricht statt vom »*short-term profit*«.

Sprache ist der Spiegel der Seele. Wenn im Innern eine Sprache der Verantwortungs- und Gedankenlosigkeit und des Misstrauens vorherrscht, ist die Grenze zu betriebswirtschaftlich, ethisch und rechtlich schädlichem Handeln gefährlich nah. Wir können nur hoffen, dass die Deutsche Bank ihren Kulturwandel ernst meint und sich die eigene Sprache vorknöpft.

DIE ZEIT 14/2016

Erinnerungskultur: Ist die historische Verantwortung für alle Deutschen gleich hoch?

Oder machen Abstammung und Migrationsgeschichte einen Unterschied? Eine Deutschiranerin, ein jüdischer Deutscher und ein Enkel von Nazi-Großvätern streiten über ihre Pflicht, an den Holocaust zu erinnern – und über ihr Verhältnis zu Israel.

Interview: Jochen Bittner und Verena Friederike Hasel

DIE ZEIT: Frau Dardan, Herr Hermsmeier, Herr Wolff, Sie sind alle drei deutsche Staatsbürger, Sie sind Freunde und reden häufig über Identitätsfragen. Haben Sie alle dieselbe Verantwortung, an den Holocaust zu erinnern?

Fabian Wolff: Nicht jeder hat die gleiche Erinnerung an die Schoah. Menschen mit unterschiedlichen Biografien ziehen unterschiedliche Schlüsse aus der Vergangenheit, bis in die Persönlichkeitsentwicklung hinein. Ich bin aufgewachsen mit dem Gedanken, dass der Faschismus eine permanente Gefahr ist und es nächsten Mittwoch wieder losgehen kann. Aber der Kampf gegen antidemokratische, zersetzende Strömungen und die Lehren aus dem Faschismus sind ja ins Grundgesetz einge-

schrieben. Also, wenn man es simpel machen will: Ja, jeder hat dieselbe Verantwortung.

Asal Dardan: Ich sehe das anders. Ich würde dir, Fabian, zum Beispiel überhaupt keine gesellschaftliche Pflicht zuschreiben und Lukas wesentlich mehr.

ZEIT: Warum sehen Sie das so?

Dardan: Bei Lukas gibt es wegen seiner Großväter eine Kongruenz zwischen Familiengeschichte und Landesgeschichte. Deswegen würde ich sagen, dass er sich auf einer persönlichen Ebene anders mit dem Holocaust auseinandersetzen muss. Ich glaube zum Beispiel, dass man die Verpflichtung hat, seine Familienmitglieder zu befragen.

ZEIT: Welche Verantwortung gilt für Sie selbst?

Dardan: Ich bin biografisch nicht mit der deutschen Geschichte verbunden. Das bedeutet aber nicht, dass ich mich mit ihr nicht auseinandersetzen muss, schließlich bin ich hier aufgewachsen. Es wäre ja fatal, zu sagen, der Holocaust geht nur Deutsche ohne Migrationshintergrund und Juden etwas an. Doch ich mache eben selbst immer wieder Ausgrenzungserfahrungen: Ich bin katholisch, aber aufgrund meines Äußeren werde ich meist für eine Muslimin gehalten. Das ist in diesem Land etwas, das negativ bewertet wird. Wenn ich mich gegen Diskriminierung einsetze, exponiere ich mich also anders als Lukas. Die Ideologie der Nazis bedroht mich auch heute. Vielleicht speist sich gerade daraus mein Gefühl der Verantwortung. Ich kann an den Holocaust erinnern und auf Kontinuitäten aufmerksam machen, erkenne sie vielleicht sogar besser, ohne dass ich auf meine Familiengeschichte zurückgeworfen werde.

ZEIT: Herr Hermsmeier, Sie sagen, Ihre Großväter seien Nazis gewesen. Wie prägt das Ihr Gefühl von Verantwortung?

Lukas Hermsmeier: Ich glaube, dass aus Schuld Verantwortung wachsen sollte. Deutschland ist zwar ganz gut im Erinnern, aber ich habe den Eindruck, dass diesem Erinnern oft nichts folgt. Meine Großeltern waren auf unterschiedliche Weise Teil des NS-Systems. Daraus folgt für mich, dass ich im Hier und Jetzt genau hinschauen muss, wie Faschismus, Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus funktionieren und sich ausbreiten. Insbesondere auch in der Mitte der Gesellschaft, wo er gerne übersehen wird. Rassismus beginnt ja nicht erst da, wo Menschen beleidigt oder angegriffen werden, sondern viel früher.

ZEIT: Würden Sie also sagen, dass Sie eine größere Verantwortung haben als Frau Dardan?

Hermsmeier: Ja. Wer, wenn nicht ich mit dieser Familiengeschichte, soll im Jahr 2019 Verantwortung dafür tragen, dass so etwas nie wieder passiert? Zumal ich mehrfach privilegiert bin. Ich kann mir zumindest keinen Ort auf dieser Welt vorstellen, an dem ich als weißer, heterosexueller Deutscher diskriminiert oder bedroht werde.

Dardan: Ich werde in Deutschland ständig mit Rassismus konfrontiert. Neulich, als ich am Bahnschalter ein Ticket stornieren wollte und fragte, warum das so lange dauere, sagte der Bahnmitarbeiter: »Das ist in Deutschland eben so, hier gibt es ordentliche Wege.« Daraufhin fragte ich: »Warum erklären Sie mir gerade Deutschland?« Und schon mischten sich andere ein. Direkt neben mir sagte jemand, ich solle die Fresse halten, und eine Bahnmitarbeiterin erklärte mir, sie habe einen jüdischen Großvater gehabt. Was der damit zu tun haben sollte, weiß ich nicht. Ich lebe seit vier Jahren in Schweden, und mir ist dort nie etwas Vergleichbares passiert.

Wolff: Ich nehme die Abgrenzung zur Mehrheitsgesellschaft dagegen manchmal selbst vor. Ich spreche zum Beispiel gern von Deutschen und Juden. Das spiegelt einfach bestimmte Erfahrungen und eine Realität wider.

Dardan: Du kannst das auch, denn mit dir schmücken sich die Deutschen gerne, weil du ihnen ein gutes Gefühl vermitteln kannst. Sie wollen deine Anerkennung, sie wollen, dass du ihnen sagst: Ihr seid gute Deutsche. Du kannst mit deiner Andersartigkeit kokettieren, weil das Jüdische in Deutschland inzwischen als das gute Andere gilt. Wir Migrant*innen haben diesen Status nicht. Ich kann es mir nicht aussuchen, ich kann nicht kokettieren, allein durch mein Aussehen ist klar: Ich gehöre nicht dazu. Da bin ich fast ein wenig neidisch auf dich.

Wolff: Das mag schon sein, aber diese Art von Zierjude will ich nicht sein. Ich finde es aber auch schwierig, wenn man das Judentum so Maxim-Biller-mäßig für sich in Anspruch nimmt und sich zugleich, anders als Maxim Biller übrigens, darüber beschwert, wenn andere einen dann als Juden sehen.

ZEIT: Wir hätten ein paar konkrete Fragen zur Verantwortung und sind gespannt, was Sie drei sagen. Angela Merkel sagt, dass die Sicherheit Israels Teil der deutschen Staatsräson sei. Wie bewerten Sie den Satz aus Ihrer jeweiligen Perspektive?

Wolff: Der Satz greift zu kurz. Die Shoah ist singulär, aber Deutschland hat eine Verantwortung gegenüber allen Ländern, denen es Unrecht angetan hat.

Hermsmeier: Der Satz ist unvollständig. Ist diese Solidarität grenzenlos, gibt es gar keine Bedingungen? Das finde ich nicht schlau, und irgendwie ist es typisch deutsch, dieses formelhafte, eindimensionale Geschichtsbegreifen. Ich empfinde auch Solidarität mit Palästinenser*innen, wenn sie Opfer von Gewalt und Diskriminierung sind.

Dardan: Das verstehe ich nicht. Warum könnt ihr den Satz nicht einfach annehmen? Ich setze mich für palästinensische Interessen ein, und trotzdem kann ich diese Aussage absolut unterschreiben. Ich stelle aber immer wieder fest, dass in Deutschland das Bewusstsein über die Verantwortung der arabischen Staaten für die Situation der Palästinenser fehlt. Nur Israel wird angeklagt. Ich komme aus dem Iran, wo es viel antisemitische Propaganda gibt, und ich denke die Verantwortung der Region immer mit.

Hermsmeier: Natürlich kann ich den Satz, wie in der Schule gelernt, annehmen. Aber wäre es nicht sinnvoll, darüber zu sprechen, was er überhaupt bedeutet? Was ist die politische Konsequenz? Solange das nicht klar ist, bleibt es doch zunächst vor allem eine Floskel.

»Mir kam das vor wie ein Karneval für Wohlfühldeutsche«

ZEIT: Die US-Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez hat die Haftzentren für Migrant*innen an der mexikanischen Grenze als »Konzentrationslager« bezeichnet. Wäre es aus Ihrer Sicht Teil deutscher historischer Verantwortung, die Verwendung dieses Begriffs zu kritisieren?

Hermsmeier: Ich selbst würde diese Haftanstalten nicht so nennen, da hat mein Deutschsein schon starken Einfluss. Allerdings würde ich Ocasio-Cortez für diese Aussage auch nicht kritisieren.

Wolff: Ich finde den Begriff der Konzentrationslager an dieser Stelle durchaus angebracht. Man stellt die Singularität der Shoah ja nicht in Abrede, wenn man ähnliche Entwicklungen oder Vorläufer sieht und benennt. Konzentrationslager heißt auch nicht gleich Vernichtungslager, es gab genauso Arbeitslager.

ZEIT: Wie war es, als in Syrien Giftgas eingesetzt wurde? Wäre es da aus Ihrer Sicht die Verantwortung der Deutschen gewesen, einem solchen Menschheitsverbrechen Einhalt zu gebieten?

Wolff: Von so einem verabsolutierten moralischen Rahmen würde ich mich distanzieren. Ich sehe das realpolitisch und würde fragen: Was fordern die Opfer, was sagen die Leute vor Ort? Und was auch wichtig ist: Als die Alliierten gegen Deutschland in den Krieg gezogen sind, war das keine humanistische Intervention. Sie haben nicht gegen Hitler gekämpft, weil Juden ermordet wurden, sondern weil Deutschland ihnen den Krieg erklärt hatte und sie sich selbst verteidigen wollten.

Dardan: Sicherlich hätte es stärkere Verurteilungen und Diskussionen in Bezug auf Syrien geben müssen. Aber ob eine Intervention sinnvoll gewesen wäre, das ist eine schwierige Frage, gerade angesichts des Irakkrieges.

ZEIT: Wenn ein Diktator Giftgas einsetzt, muss eine Nation, die sich das »Nie wieder« eingraviert hat, dann nicht handeln?

Dardan: Aber dieses »Nie wieder« bezieht sich doch auf uns. Es als eine Art Welt-auftrag zu interpretieren, finde ich fatal, weil sich Deutschland damit moralisch überhöhen würde.

Hermsmeier: Ich glaube nicht, dass es die deutsche Verantwortung ist, dem Rest der Welt zu erzählen, was er tun soll. In der Euro-Krise habe ich mich richtiggehend geschämt, dass Deutschland wieder so hegemonial auftrat. Als historische Verpflichtung verspüre ich eher eine gewisse Demut. Ich finde es übrigens auch furchtbar, wenn Menschen von importiertem Antisemitismus sprechen und so tun, als sei Judenfeindlichkeit durch die Migranten zu uns zurückgekommen.

ZEIT: Ist der Antisemitismus durch die Zuwanderung nicht stärker geworden?

Dardan: Ich glaube nicht, dass er zugenommen hat. Aber er hat andere Gesichter und Ausdrucksformen angenommen, er ist sichtbarer geworden.

Hermsmeier: Mein Eindruck ist, dass das Narrativ des importierten Antisemitismus in erster Linie antimuslimischen Rechtspopulisten nützt. Das Gleiche gilt für die Erzählung der jüdisch-christlichen Tradition. Das ist entweder naiv und geschichtsvergessen oder bewusst Muslime ausgrenzend.

Wolff: Die größte Gefahr für jüdisches Leben in Deutschland ist völkisches Gedankengut, dessen Vertreter in Juden wie in Muslimen eine Störung des Volkkörpers sehen. Diese Gefahr ist massiv.

ZEIT: Im vergangenen Jahr fand in der deutschen Hauptstadt die Solidaritätsbekundung »Berlin trägt Kippa« statt. Rund 2000 Menschen gingen mit jüdischer Kopfbedeckung auf die Straße. Wie bewerten Sie diese Aktion?

Hermsmeier: Für mich war das ein Ausdruck von Selbstbezogenheit ohne Selbstreflexion. Ich male mir doch auch nicht das Gesicht schwarz an, um so meine Solidarität auszudrücken oder mit der Vorstellung, dass ich dann weiß, wie es sich anfühlt, in Deutschland schwarz zu sein.

Dardan: Mir kam das vor wie ein Karneval für Wohlfühldeutsche. Die Frage ist doch: Was haben die deutschen Juden davon, wenn ich einen Tag mit einer Kippa auf die Straße gehe? Lieber sollte man sich schützend vor diejenigen stellen, die aus religiösen Gründen wirklich Kippa oder Kopftuch tragen.

Wolff: Es geht aber auch noch um etwas anderes. Wer als Jude Normalität möchte, muss eben in die USA oder nach Israel gehen. Gewalt und Antisemitismus muss niemand hinnehmen, aber wer hier lebt, muss damit zurechtkommen, als »anders« gesehen zu werden.

ZEIT: Ernsthaft? Wenn man als Jude unbehelligt leben will, dann bitte nicht in Deutschland?

Wolff: Wenn ich mein Judentum vergessen oder nur zu meinen eigenen Bedingungen leben will, dann sollte ich besser nicht in der Diaspora leben, ja.

Dardan: Das haut mich um. Das ist eine sehr schmerzhaftes Äußerung. Wenn wir unserer Verantwortung gerecht werden wollen, müssen wir unbedingt darauf achten, dass wir nicht nur Geschichten des Mordes erzählen, sondern auch Geschichten des Lebens. Und wir müssen von der Zeit nach der Schoah erzählen, zum Beispiel von Nazis, die nicht zur Rechenschaft gezogen wurden, oder Juden, die zwar dem Tode entgangen sind, aber trotzdem zum Schweigen gebracht wurden.

Asal Dardan ist Kulturwissenschaftlerin und Autorin. 1978 in Teheran geboren, lebt sie seit ihrem ersten Lebensjahr in Deutschland, nachdem ihre Eltern aus dem Iran flüchten mussten. Sie beschäftigt sich unter anderem mit Migration, Exil und der deutschen Erinnerungskultur

Lukas Hermsmeier ist Jahrgang 1988 und arbeitet als freier Journalist in New York und Berlin. Seine Großväter aus Ostwestfalen, sagt er, zogen »einigermaßen euphorisch« in den Zweiten Weltkrieg und trugen, obwohl keine NSDAP-Mitglieder, das NS-Regime mit

Fabian Wolff ist Autor und wurde 1989 in Ost-Berlin geboren, in eine, wie er sagt, »seit mehreren Generationen kommunistische jüdische Familie, die die DDR unterstützte«. Er schreibt unter anderem für die »SZ«, ZEIT ONLINE, das »Jewish Quarterly« und die »Jewish Review of Books«

DIE ZEIT 46/2019

Debattenkultur: Der Wille zur Schuld

*Sind wir für Übel in aller Welt verantwortlich?
Eine philosophische Klärung
in einer moralisch aufgeheizten Debatte*

Von Maria-Sibylla Lotter

In den letzten Jahrzehnten ist eine von Schuld- und Schamgefühlen getriebene Moralisierung der politischen Sphäre zu beobachten. Mitunter wirken zum Beispiel Naturschützer oder Flüchtlingshelfer in ihrem Engagement weniger durch die Liebe zur Natur oder durch Mitgefühl und wohlwollende Neugierde gegenüber fremden Menschen motiviert als durch den Wunsch, sich mit Blick auf Umweltprobleme oder die ungerechten globalen Machtverhältnisse und Ressourcenverteilungen weniger schuldig zu fühlen. Das ist eine Selbstbezogenheit, die den Vögeln und Bibern vermutlich schnurz ist, die jedoch einer echten Kommunikation mit fremden Menschen (und ihrer Integration) nicht förderlich sein kann.

Werden Korruption oder Verbrechen in weit entfernten, ehemals kolonisierten Weltgegenden thematisiert, dann oft so, als seien diese Übel eigentlich nicht den realen gegenwärtigen Tätern vorzuwerfen; vielmehr trage aufgrund von historischem

Unrecht in der Vergangenheit auf eine diffuse Weise das eigene Kollektiv die Schuld; etwa »der Westen« oder »die Europäer« als ehemalige Kolonialmächte. Nach dieser Logik könnte freilich auch jemand argumentieren, dass Hitler ohne den Versailler Vertrag wohl kaum an die Macht gekommen wäre und daher die Siegermächte des Ersten Weltkrieges schuld an den Nazi-Gräueln gewesen seien.

Auch an ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen in fernen Ländern, globalen Umweltschäden und anderen Übeln und Unvollkommenheiten fühlen wir uns aufgrund der ökonomischen Verflechtung mitschuldig. Das führt zu einem chronisch schlechten Gewissen und einer gewissen Selbstverachtung bei all jenen, die nicht durch ihre Kaufentscheidungen sozial gerechtere und umweltverträglichere Lebensverhältnisse fördern, auch wenn sie gar nicht wissen, wie sie sich anders verhalten könnten. Das nützt vor allem denjenigen, die das als Marktfaktor ausschlagen: Unternehmen, die mit angeblich guten Arbeitsverhältnissen und nachhaltiger Produktion werben.

Neben dieser massentauglichen Produktion von schlechtem Gewissen hat sich an den kulturwissenschaftlichen und religionswissenschaftlichen Departments amerikanischer Privatuniversitäten auch noch eine avantgardistische Form der Transformation von Politik in Schuld narrative entwickelt, die sich mittlerweile auch immer stärker in Europa ausbreitet.

Diese Bewegung teilt mit der traditionellen Linken die Forderung nach Gerechtigkeit; gleichzeitig verbindet sie mit der Neuen Rechten à la Stephen Bannon die Geringschätzung der aufklärerischen Vorstellung, dass alle Menschen ungeachtet ihrer biologischen und kulturellen Unterschiede aufgrund ihrer Fähigkeit, sich von sich selbst distanzieren und mit anderen mitfühlen zu können, eine Gemeinschaft bilden können, die auf Toleranz und Wertschätzung der Einzelnen beruht. An die Stelle der Ideale der Aufklärung tritt in dieser Bewegung eine Kombination von Schuld narrativen, Ansprüchen auf Anerkennung kulturell bedingter Differenzen sowie der Tabuisierung und Sakralisierung individuellen Leidens und individueller Verletzlichkeit.

Rücksicht auf die Verletzlichkeiten von Personen zu nehmen bedeutet für diese Avantgarde nicht etwa ein mitfühlendes Verstehen anderer menschlicher Schicksale. Verstehen würde schon eine übergriffige Vereinnahmung gegenüber den Leidenden darstellen. Umgekehrt sollte sich der seiner Würde bewusste Leidende in öffentlichen Diskursen nicht auf allgemein nachvollziehbare Gründe berufen, sondern eine Formulierung wählen wie »als ein xy kann ich sagen, dass ...« – wobei xy für irgendeine Eigenschaft steht wie »afroamerikanisch«, »schwul«, »weiblich«. Es wird unterstellt, nur ein Mitglied der Gruppe, die diese Eigenschaft aufweist, könne mit Autorität für das sprechen, worunter diese Gruppe leidet und worauf sie Anspruch hat. Dies gilt allerdings nur für solche Eigenschaften, die sich auch auf Schuld narrative oder zumindest auf unverdientes Leiden beziehen lassen.

Man stieße auf wenig Verständnis, würde man die Autorität der eigenen Stimme mit der eigenen Erfahrung als Milliardärin oder als SS-Mann begründen. Beruft man sich jedoch auf Benachteiligung, kulturelle Besonderheiten oder vergangenes Unrecht, dann kann vermeintlich niemand, der nicht zu dieser Gruppe gehört, sich anmaßen, sie zu verstehen oder gar mit Autorität für sie zu sprechen. Auf diese Weise wird persönliche Lebenserfahrung auf einen bloßen Ausdruck subjektiver Verletztheit reduziert. Sie ist nicht mehr Quelle von Einsichten, die gerade für diejenigen wichtig sein könnten, die nicht dasselbe erlebt haben, sondern wird zu einem Eigentum, auf das andere nicht zugreifen dürfen.

Selbsternannte Opfervertreter

Neuerdings trifft das Prinzip der Erfahrung als Gruppeneigentum sogar die darstellende Kunst: Die Schauspielerin Scarlett Johansson verzichtete nach Protesten von Transgender-Aktivist*innen auf ihre geplante Rolle eines Transmannes im Film *Rub & Tug* und bedauerte ihre ursprüngliche Zusage als »unsensibel«. Joaquin Phoenix, der in Gus Van Sants Film *Don't Worry, weglauten geht nicht* einen Querschnittsgelähmten spielt, konnte sich nur noch mit der Begründung, dieser werde auch in einer Lebensphase gezeigt, in der er nicht querschnittsgelähmt war, gegen

den Vorwurf verteidigen, sich unberechtigterweise eine Rolle anzumaßen, die eigentlich Querschnittsgelähmten gebührt.

Dieses Denkmodell der Erfahrung als exklusiven Besitzes unverschuldet Leidender ist offenkundig widersprüchlich. Einerseits wird unterstellt, dass Menschen, die nicht der eigenen Gruppe angehören, deren Leiden auch nicht verstehen könnten. Andererseits wird mit dem Hinweis auf diese Unzugänglichkeit des eigenen Leids eine Anerkennung dieses Leidens eingefordert. Und während man anderen die Fähigkeit und das Recht zum Verstehen abspricht, erteilt man sich selbst ein Privileg: als Mitglied der Gruppe der Querschnittsgelähmten oder Transsexuellen oder welcher Gruppe auch immer stellvertretend für alle anderen Querschnittsgelähmten oder Transsexuellen oder Mitglieder sonstiger Gruppen sagen zu können, was diese fühlen.

Hat man ein Schuld-narrativ parat, das Träger anderer allgemeiner Charakteristika wie »weiß« oder »Mann« einer Tätergruppe zuordnet, so erwirbt man sogar das weitere Privileg, sagen zu können, was diese anderen als Täter denken und wollen. Es sind allerdings so gut wie nie die tatsächlichen »Opfer«, sondern meist selbsternannte Opfervertreter, die sich die Befugnis zuschreiben, anderen aufgrund ihrer Identität das Recht auf Verständnis oder auch nur freie Meinungsäußerung zu bestimmten Themen zuzusprechen oder zu verweigern. So hat die Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen moralischen und politischen Übeln die Gestalt einer Anklage durch selbsternannte Richter angenommen, die Menschen je nach Hautfarbe oder anderen nicht selbst erzeugten Eigenschaften als Opfer und Täter vergangenen und systemischen Unrechts identifizieren.

Dies hat sich auch auf die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Sklaverei und den gegenwärtigen Formen von Rassismus in den USA ausgewirkt, die an Universitäten unter anderem die Gestalt des Faches Critical Whiteness Studies angenommen hat. »Weißsein« kritisch zu betrachten verlangt, die eigene Hautfarbe nicht als kontingente physische Gegebenheit zu sehen. Es soll der Bewertungscode mitgedacht werden, nach dem dunkle Hautfarben minderwertig und helle mit einer

Reihe von ererbten Privilegien verbunden sind, an denen Hellhäutige bis heute teilhaben und die sie weiterhin reproduzieren, auch wenn sie sich keiner rassistischen Einstellung bewusst sind. Dieser ursprünglich von der Schriftstellerin Toni Morrison initiierte Paradigmenwechsel im Verständnis von Rassismus kann erhellend sein, wenn es um psychokulturelle Zusammenhänge geht. Leider hat er sich mehr und mehr in ein Gericht verwandelt, das mit Exerzitien beginnt, in denen Weiße eine Beichte über ihre Privilegien ablegen müssen. Wer als Weißer moralisch nicht auf der falschen Seite stehen will, soll lernen, sich selbst als defizient zu betrachten: als ein Wesen, dessen Gefühlsleben aufgrund der psychologischen Verdrängung der von ihm ausgehenden Unterdrückung nun durch »Angst, Hass, Gleichgültigkeit, Gedächtnisverlust, Betäubung, Verleugnung, Einsamkeit, Wut und Hoffnungslosigkeit« (so der Prediger William Gardiner) bestimmt ist. Tribunale dieser Art sind unfehlbar, denn wer sich fragt, ob er rassistisch und/oder sexistisch gewesen ist, wird auch Schuld zutage fördern. So entsteht eine aufgeheizte Atmosphäre der moralischen Selbstüberbietung, in der Religionswissenschaftler wie Christopher Driscoll sich als Autoritäten einer höheren Moral gebärden und ihren weißen Mitmenschen zehn Gebote für Weiße verkünden wie: »Denke immer daran, dass es nicht um die Frage geht, ob Gewalt zu verteidigen ist, sondern wessen Gewalt zu verteidigen ist.«

Schuldgefühl kann politische Desorientierung kompensieren

Berücksichtigt man den Umstand, dass sich diese Entwicklung nicht als religiöse Fanatisierung eines ungebildeten Teils der amerikanischen Bevölkerung, sondern in einer Bildungselite vollzieht, die starke Ausstrahlung auch nach Europa hat, dann steht der in modernen Kategorien individueller Täterschuld denkende Mensch vor einem Rätsel. Die neue Ressentimentmoral folgt nicht der Logik der Individualschuld, sondern erinnert eher an die christliche Figur der Erbsünde. Für eine Schuld, die als Befleckung, Makel oder Bewusstsein einer aufgrund der Hautfarbe oder anderer Gruppenqualitäten ererbten kollektiven Korruptiertheit besteht und nach Selbstbeichtigungs- und Reinigungsritualen verlangt, gibt es in modernen säkula-

ren Kontexten jedoch gar keine ideologische Grundlage. Warum können sich dann diese Vorstellungen und die destruktiven Formen der Auseinandersetzung derart verbreiten?

Das wirft drei weitere Fragen auf: eine psychologische, eine philosophische und eine moralische. Was könnte Menschen motivieren, sich schuldig fühlen zu wollen, auch wenn sie gar nichts Unrechtes getan haben? Und warum kommt ihnen das nicht widersinnig vor? Glauben sie vielleicht an eine moralische Verpflichtung, sich schuldig zu fühlen? Psychologisch betrachtet, ist die Selbstzuschreibung von Schuld nicht nur mit einer negativen Wertung verbunden, sondern auch mit einem Gewinn: Wer sich schuldig fühlt, der hätte auch anders handeln können. Er muss sich nicht ohnmächtig fühlen. Zudem ergibt sich eine klare Handlungsorientierung: Das Opfer muss entschädigt werden. So kann Schuldgefühl politische Desorientierung ebenso kompensieren wie das Gefühl politischer Ohnmacht. Es verleiht ein fiktives Machtgefühl und gibt dem Handeln eine Richtung.

Dass es einem nicht widersinnig vorkommt, sich für Dinge anzuklagen, die nicht in der eigenen Macht liegen, geht aber vermutlich auch auf Besonderheiten des westlichen Verständnisses von Schuld zurück. Sie drückt sich auch in der Mehrdeutigkeit des deutschen Begriffs Schuld aus. Schuld kann sowohl eine Verpflichtung bedeuten als auch, dass man etwas verursacht hat oder einem etwas vorwerfbar ist. Das sind verschiedene Dinge, die jedoch in der Rede von Schuld oft verschwimmen. Philosophen und Juristen unterscheiden hier zwar scharf: Nicht jeder Person, die an etwas schuld ist in dem Sinne, dass sie ein Übel verursacht (oder als Mitglied eines Kollektivs mitverursacht) hat, ist dieses Übel auch vorwerfbar – insbesondere dann nicht, wenn ihr diese mögliche Folge ihres Tuns oder Lassens gar nicht hätte bewusst sein können oder sie sie nicht hätte verhindern können.

Vorwerfen kann man einer Person nur Handlungen oder Unterlassungen, die in ihrer eigenen Macht lagen. Viele Übel sind jedoch gar nicht auf vorwerfbares Handeln Einzelner zurückzuführen. Dies trifft insbesondere auf die systemischen Resultate des unkoordinierten Handelns vieler zu. Aber auch das Verhalten von Men-

schen, die alles richtig machen wollen, kann üble Folgen haben – entsprechend hat schon Aristoteles deutlich zwischen im Resultat ungeschickten, aber nicht vorwerfbaren Handlungen, tatsächlich vorwerfbaren Handlungen sowie der Tadelbarkeit von Personen unterschieden, die vorsätzliches Fehlverhalten voraussetzt. In dem Maße, in dem westliche Menschen dazu neigen, zu jedem Übel einen Schuldigen zu suchen, dem es vorgeworfen werden kann, bietet sich als Reaktion auf Schuldzuschreibungen nur Selbstkritik und der Wunsch nach ständiger Selbstkorrektur an. Die Möglichkeit, auf schlimme Entwicklungen mit Gesten des Bedauerns, der Trauer und Versöhnung zu reagieren, bleibt diesem Schuldverständnis verschlossen. Daher rührt auch die Giftigkeit des Diskurses über »white guilt«.

Schließlich die moralische Motivation zum schlechten Gewissen: Entspringt die Sucht nach Schuld vielleicht dem Glauben, eine Kultivierung des Schuldgefühls weit über den Bereich der eigenen Verantwortung hinaus fördere das moralische Bewusstsein und mache einen zu einem besseren Menschen? Eher verengt die Verbindung von moralischer Verantwortung mit Schuldgefühlen die moralische Wahrnehmung. Sollte man leidenden Individuen, unterprivilegierten Gruppen, Menschen in Kriegs- oder Katastrophengebieten etwa nur deswegen Solidarität zeigen, weil man durch irgendein vergangenes Fehlverhalten die dortigen Fehlentwicklungen mitverursacht hat? Sollten wir diese Solidarität umgekehrt denen verweigern, mit denen uns kein Schuld-narrativ verbindet? Das wäre nicht nur unmoralisch, sondern auch politisch unklug. Nicht Schuld-, sondern Verantwortungsbewusstsein ist hier gefragt.

DIE ZEIT 34/2018

Und ich bin nicht da

*Die geliebte Oma ist krank,
doch die Enkelin lebt längst weit weg.
Über das schlechte Gewissen einer Generation*

Von Maria Caroline Wölflé

Sie geht den steilen Hang hinter dem Haus hoch zum Garten. Mit der einen Hand stützt sie sich auf ihren Stock, mit der anderen trägt sie Eimer, Harke oder Setzlinge. Sie legt Beete an, gräbt Erde um, beschwert sich über die Vögel, die Beeren stibitzen. Der Garten ist gepflegt, links unten sind die Bohnen, dann die Tomaten, rechts der Kohl. Und oben links die Himbeersträucher. Sie trägt eine alte Küchenschürze, wenn es heiß ist, einen Hut und stets einen Rock. Hosen mag sie nicht. Wenn meine Oma den Blick hebt, sieht sie Nadelwälder, grüne Hügel und Wiesen. Den Schwarzwald.

Wenn ich an meine Oma denke, dann sehe ich sie so im Garten arbeiten. Dabei habe ich sie jahrelang kaum gesehen. Direkt nach dem Abitur bin ich weg aus dem Schwarzwald. Studium in Berlin, Hamburg und in Argentinien, Journalistenschule in München, Reisen hier und da.

Dann ist mein Vater gestorben. Ihr Sohn und einziges Kind. Meine Oma und ich waren dabei, als sein Herz zu schlagen aufhörte. Seitdem hat sich ihr Leben sehr verändert. Genauso wie meins.

Als ich klein war, habe ich viel Zeit mit meiner Oma verbracht. Sie holte mich nach der Schule von der Bushaltestelle im Tal ab, nahm mich mit zur Weinlese auf den Hof ihrer Schwester. Als sie einmal Federball mit mir spielte, da war sie um die siebzig, fiel sie hin. Ich kann mich gut daran erinnern, wie ich mich fühlte: eine Enge in der Brust, Angst, ich wollte, dass es ihr gleich wieder gut geht. Wenn meine Eltern nicht da waren, brachte sie mich ins Bett. Wir sprachen gemeinsam ein Gute-nachtgebet und das Vaterunser. Dann blieb sie so lange bei mir sitzen, bis ich eingeschlafen war.

Heute ist unser Verhältnis ein anderes. Sie ist 95 Jahre alt und hat abgebaut über die Jahre. Das ist keine Überraschung, und doch schmerzt es, dabei zuzusehen. Ich, Jahrgang 1985, will nicht wahrhaben, dass ihr Körper nicht mehr so kann wie früher. Dass sie nicht mehr dieselbe ist. Und ich nicht da bin.

Es ist ein Problem meiner Generation. Und ihrer. Alleinsein, Einsamkeit, das erleben viele Menschen im Alter. Das zeigen Studien immer wieder. Das schlechte Gewissen dagegen ist ein Phänomen meiner Generation, genau wie die Tatsache, dass ich weit weg lebe. Nur gut die Hälfte der Deutschen wohnt noch oder wieder da, wo sie aufgewachsen sind, oder zumindest nur wenige Kilometer entfernt. Das hat im vergangenen Jahr die Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov ergeben.

Weit weg zu sein, wenn die Eltern oder wie in meinem Fall die Großmutter krank oder einfach nur alt werden, das reibt viele auf. Das Gefühl, die Geschwister mit allem sitzen zu lassen. Ich beobachte das immer wieder bei Freunden und Bekannten. Wir fragen uns: Wie kann man der Familie gerecht werden und wie gleichzeitig sich selbst?

Je mehr meine Oma abbaut, desto mehr Verantwortung haben meine Brüder und ich. Und desto größer wird mein schlechtes Gewissen. 800 Kilometer liegen zwischen uns, ich lebe wieder in Berlin, sie in dem Dorf, in dem sie ihr ganzes Leben verbracht hat. Je mehr sie abbaut, desto häufiger fahre ich diese 800 Kilometer. Mittlerweile alle ein, zwei Monate.

Dann bringe ich sie mit dem Auto ins Tal, um Einkäufe zu erledigen, zum Arzt zu gehen oder zum Friseur. Vor 15 Jahren gab sie den Führerschein ab. Das fiel ihr schwer. Meine Oma war die erste Frau im Dorf, die Auto gefahren ist. Das war in den 1950er-Jahren. Sie fuhr gern, es war ein Stückchen Unabhängigkeit. Sie lebt im Schwarzwald auf einem Hof auf einem Berg, schön idyllisch, aber ohne Auto nicht erreichbar. Schon gar nicht als alte Frau. Sie ist auf andere angewiesen, auch wenn sie keinem zur Last fallen will. Am liebsten würde sie alles ohne Hilfe tun.

Meine Oma ist viel allein. Auch das macht mir ein schlechtes Gewissen. Ich möchte nicht, dass sie sich allein fühlt. Also verbringe ich viel Zeit bei ihr, wenn ich im Schwarzwald bin. Dabei weiß ich nicht mal, ob es einen großen Unterschied macht, wenn ich da bin. Meine Oma sagt manchmal: »Das Alleinsein macht mir nichts aus.« Sie sagt es, als sei es unwichtig. Ich nehme ihr das nicht ab. Vielleicht ist das anmaßend. Meine Oma sagt auch: »Du kannst ja nicht immer vor mir sitzen.« Trotzdem fühlt es sich immer wieder falsch an, dass ich das nicht tue.

Ich will an zwei Orten gleichzeitig sein. Dass ich das nicht kann, frustriert.

Die mobile Generation ist zerrissen

Früher, mit Anfang, Mitte zwanzig, war es aufregend, raus ins große Leben in die Stadt zu gehen, in die Ferne. Es hat sich leicht angefühlt. Jetzt, mit Anfang dreißig, fängt die Ferne an, sich zu rächen. Weil man nicht mehr nur für sich selbst verantwortlich ist, sondern – plötzlich oder schleichend – für genau die Menschen, die sich sonst immer um einen gekümmert haben. Die immer da waren, wenn man was

gebraucht hat. Die Entfernung macht es ungleich schwerer, das zurückzugeben. Dieser Prozess setzt mit Mitte 30, spätestens mit 40 Jahren unwillkürlich ein. Er zerreißt die mobile Generation, zu der ich gehöre, innerlich ein Stück weit.

Manchmal bin ich ungeduldig. Mit meiner Oma zu telefonieren ist schwierig, sie hört trotz Hörgerät – das sie nicht immer trägt, weil es »nervt« – schlecht. Oft muss ich sie fast anschreien, damit sie versteht, was ich sage. Das ist anstrengend. Auch, wenn sie mir zum fünften Mal sagt: »Iss doch noch was.« Und ich zum fünften Mal antworte: »Ich bin satt.« Manchmal werde ich ruppig und bereue es. Es fühlt sich an, als würde ich meiner Verantwortung nicht gerecht. Ihr gegenüber, aber auch gegenüber meinen Brüdern, die vor Ort leben und immer da sind.

Bis jetzt war das irgendwie okay, schließlich hat meine Oma das meiste noch selbst gemacht. Ganz langsam, ja. Sie buk fast jeden Samstag Brot, Freitag war der Putztag. Für meinen Bruder, der den Hof übernommen hat, kochte sie manchmal Mittagessen. So viel, dass noch mindestens fünf andere Leute hätten mitessen können. Es war stets ihre Aufgabe gewesen: die Familie versorgen, alle sattbekommen. »Das habe ich mein Leben lang gemacht.«

Ihr Haar war bis vor ein paar Jahren noch von schwarzen Strähnen durchzogen. Heute hat es verschiedene Grautöne, ist aber noch immer dicht. »Du bist ja noch ganz schön fit«, haben immer alle zu ihr gesagt. Oder Bekannte zu mir: »Was, sie ist 95? Das hätte ich jetzt aber nicht gedacht.« Klar, es ist nicht mein Verdienst. Aber ich war stolz darauf, dass meine Oma in so hohem Alter noch so fit war und so klar im Kopf. War. Vergangenheit.

Im Frühjahr haben die Schmerzen im Rücken angefangen. Sie war mehrfach beim Hausarzt, einmal war ich auch dabei. »Ischias« lautete die Diagnose. »Das dauert in dem Alter.« Zwischendurch feierten wir ihren 95. Geburtstag. Sie nahm Schmerzmittel. Ein paar Tage später hielt sie es nicht mehr aus, mein Bruder rief den Notarzt. Der hat sie zum ersten Mal richtig untersucht. Die Diagnose: Bandscheibe. Es folgten zwei Wochen Krankenhaus und mehrere Wochen in einer Reha-Klinik.

Was es bedeutet, sich um einen anderen Menschen zu sorgen und Verantwortung zu tragen, habe ich da zum ersten Mal wirklich begriffen. Auch, was es bedeutet, mit dem deutschen Pflegesystem zu tun zu haben.

Wenn ich einen Arzt oder Pfleger anspreche, habe ich oft das Gefühl: Ich geh dem- oder derjenigen mit meiner Frage auf die Nerven: Sie antworten erst mal knapp, bleiben kaum stehen, runzeln die Stirn. Aber ich will alles genau wissen. Das schulde ich ihr.

Auf meinem Schreibtisch liegen jetzt Notizzettel, auf denen steht:

- »Medikamentengabe«
- »beim Hausarzt Verordnung holen«
- »Pflegeverordnung, medizinisch«

Manchmal bin ich wütend. Als ich zum Beispiel tagelang mit der Krankenkasse darüber diskutiere, dass meine Oma in eine andere Klinik verlegt wird, die näher am Wohnort meiner Brüder ist. Fünf Minuten Fahrt statt fünfzig. Theoretisch kann sie in der einen Klinik so behandelt werden wie in der anderen. Praktisch aber sind da Begriffe wie »neurologisch« und »geriatrisch«, an die sich die Krankenkasse nach eigener Aussage halten muss. Es sind Vorschriften, die mir im Fall meiner Oma sinnlos erscheinen. Also lasse ich mich von einem Mitarbeiter zum nächsten durchstellen, diskutiere und argumentiere – und am anderen Ende der Leitung lachen sie. »Lachen Sie mich jetzt ernsthaft aus?«, will ich wissen. »Nein, nein, das ist kein Auslachen. Aber so was hatten wir noch nie.« Ein anderer sagt: »Ich habe die Bestimmungen umzusetzen, und damit Punkt.«

Es ist die zermürbende Bürokratie unseres Pflegesystems, mit der ich mich auseinandersetze, seit meine Brüder und ich diese Verantwortung tragen. Manchmal habe ich keine Lust auf all das. Mein eigener Papierkram reicht mir. Dann denke ich, so sollte es nicht sein, es ist nicht fair. Da fehlt eine Generation, mein Vater sollte hier sein und sich kümmern. Ist er aber nun mal nicht.

Es ist ein Dilemma. Ich will für meine Oma da sein, gleichzeitig aber auch mein eigenes Leben irgendwie so führen, wie ich es mir vorstelle. Dabei habe ich Angst vor dem, was kommt. Vor allem seit August.

Ich bin auf einer Recherchereise im Ausland, als ich eine Nachricht von meinem Bruder bekomme: »Oma hatte einen schweren Unfall und liegt in der Uni in der Chirurgie.« Mein erster Gedanke ist, ich muss zurück. Ich will sie noch mal sehen.

Der Abschied wird immer schwerer

Seit zwei Tagen war sie von der Reha wieder zu Hause, da fiel sie hin. Mit dem Gesicht auf Pflasterstein. Nase gebrochen, Hirnblutung. Und ich bin nicht 800 Kilometer entfernt, sondern ein paar Tausend. Die Ärzte sagen, es kann jetzt in zwei Richtungen gehen: Entweder ihr Körper schafft es, mit der Hirnblutung klarzukommen. Oder nicht. Sie sagen auch, dass wir dann eine Entscheidung treffen müssen: Soll sie operiert werden oder nicht? Die Chancen, dass sie durch eine OP bleibende Schäden davonträgt und zum Pflegefall wird, seien hoch. Die Alternative: sterben lassen.

Es gibt keine Patientenverfügung. Mein Bruder fragt, was wir meiner Meinung nach machen sollen, falls es dazu kommt. Ratlosigkeit. Wie soll ich über das Leben eines anderen Menschen entscheiden? Das Leben meiner Oma? Die Situation erscheint mir unerträglich.

Aber sie hat Glück. Wir haben Glück. Die Hirnblutung geht zurück. Sie kommt von der Beobachtungsstation und wieder in die Reha. Dieses Mal in die Klinik im Ort. Aus dem Ausland zurück, erkenne ich meine Oma kaum wieder. Unter dem linken Auge hat sie ein Hämatom, groß wie ein Tischtennisball. Es ist gelb und lila. Durch die Nase kann sie nicht richtig atmen. Sie haben ihr einen Katheter gelegt, obwohl sie das nicht wollte. »Das Ding nervt«, sagt sie. Vielleicht ist es das erste Mal, dass mir meine Oma wirklich alt vorkommt. So alt, wie sie ist. 95 Jahre. Geistig ist sie voll da, auch wenn manche Pflegerinnen und Pfleger wohl einen anderen Eindruck

haben und meinen, sie sei nicht ganz klar im Kopf. »Sie müssen lauter mit ihr sprechen«, sage ich. »Sie versteht alles, aber sie hört Sie nicht.«

Wieder genervte Blicke. Ich wasche meiner Oma die Wäsche, bringe ihr Dinge, die sie von zu Hause haben will, gehe mit ihr an die frische Luft. In mein Tagebuch schreibe ich: »Ich weiß nicht, wo das noch hinführt mit ihr. Niemand weiß das.«

Ich setze mich jetzt mit Zahlungen an und von der Krankenkasse auseinander, mit Vollmachten und mit der Patientenverfügung. Sie soll selbst entscheiden, solange sie es noch kann. Abends gehe ich in den Garten, den sie bald siebzig Jahre lang bestellt hat, und jäte Unkraut. Als könnte ich damit auch ihren körperlichen Verfall ausrupfen. Als könnte ich die Zeit dadurch anhalten, dass der Garten noch ein kleines bisschen so bleibt, wie ich ihn kenne. Wie sie ihn angelegt und gepflegt hat.

Meine Oma ist für mich die Verbindung zu einer anderen Welt. Der Welt meiner Kindheit. Sie hat mir das Brotbacken beigebracht. Von ihr weiß ich, was Schwedenbitter ist, wovon sie jeden Tag einen Löffel trinkt, und wofür bestimmte Kräuter gut sind. Oft saßen wir am Esstisch, und sie hat von früher erzählt. Vom Leben auf dem Hof, von dem Knecht, der manchmal betrunken im Stroh im Kuhstall schlief. Vom Krieg und von der Zeit danach. Von den verschnörkelten Einkaufslisten, die sie schreibt, hebe ich immer wieder welche auf. Als Erinnerung.

Wenn ich an meine Oma denke, denke ich oft an eine Zeile aus einem Johnny-Cash-Song: »*Everyone I know goes away in the end.*« Es sind nicht mehr viele von denen übrig, mit denen sie ihr Leben geteilt hat. Im Sommer starb ihre letzte Schwester. »Ich dachte, ich sehe sie noch mal«, hat sie da gesagt.

»Ich hoffe, ich sehe sie noch mal«, denke ich jedes Mal, wenn ich mich verabschiede und wieder nach Berlin fahre. Es ist ein Abschied, der immer schwerer wird und der sich doch nicht vermeiden lässt. Weil ich meinen eigenen Weg gehen muss.

Als ich sie zuletzt gesehen habe, sah sie besser aus. Sie ist wieder zu Hause, das Gesicht abgeschwollen, und sie ist relativ schnell mit dem Rollator unterwegs. Aber sie ist noch wackelig auf den Beinen und weit von der entfernt, die sie im Frühjahr war. Und da ist jetzt diese Angst, dass sie wieder hinfällt, dass sie sich nicht zurechtfindet. Und dass ich dann nicht da bin.

Christ & Welt in DIE ZEIT 49/2018

Das neue Wir

*Wie wir in Krisen zusammenhalten
und Verantwortung übernehmen*

Von Cathrin Schmiegel

Am 26. März 2020 bestätigt das Robert Koch-Institut in Deutschland 36.508 Covid-19-Infizierte und 198 Verstorbene. Neben dem Universitätsklinikum Münster klingelt im ersten Stock eines Containerbaus ein Telefon. Es ist 9.05 Uhr, vor einer Stunde begann die Frühschicht von Chiara Mewe, 24, Medizinstudentin. Sie trägt Einweg-OP-Maske, dreilagig, aus Vlies.

Chiara: Corona-Hotline der Uni-Klinik Münster, hallo!

Dr. N.: Ja, hallo, hier Dr. N. Ich habe einen ganz besonderen Fall hier. Eine Patientin hat bei mir angerufen, 32 Jahre jung, verheiratet mit einem kerngesunden Mann, 34. Er ist jetzt tot. Ungeklärte Todesursache, gestern offenbar mittags verstorben, hatte Halskratzen, keinen Husten, kein Fieber. Die Kripo ist da gewesen, hat auch einen Abstrich gemacht. Hier besteht der dringende Verdacht, dass Corona im Spiel ist ...

Chiara.: ... ja ...

Der Arzt fällt Chiara ins Wort. Sein Name kann hier aus Datenschutzgründen nicht genannt werden: *Dr. N.: Ich wollte jetzt die junge Frau und ihren Vater zu Ihnen schicken.*

Chiara: Eine Frage zum Verstorbenen, ist das Abstrichergebnis schon da?

Dr. N.: Nein, das liegt noch nicht vor ...

Im Container mit kahlen Wänden ist das Telefon auf Lautsprecher gestellt, neben Chiara sitzen zwei Frauen, sie studieren auch Medizin und nehmen Anrufe entgegen. Auf den Tischen vor ihnen stehen Windows-Rechner und Telefone, auf einem davon liegen Schogetten, Feuchttücher und zwei Sorten Hustenbonbons, Eukalyptus und Salbei.

Es riecht nach Kunstfaserteppich.

Chiara: Wir sind ja hier die studentische Hotline. Ich würde jetzt gerne einmal mit einem unserer Ärzte sprechen und Sie dann durchstellen. Ich habe das aber aufgenommen und würde Ihnen schon mal einen Termin geben für Ihre Patientin.

Alltag bei der Corona-Hotline.

Dort rufen im März 2020 täglich etwa 40 Menschen an, beunruhigte bis panische, vor zwei Wochen waren es etwa fünfmal so viele. Weil die Uni-Klinik nicht wusste, wie sie mit diesem Ansturm fertigwerden sollte, suchte sie Hilfe, wie viele andere auch. In ganz Deutschland schrieben Krankenhäuser und Gesundheitsämter diejenigen der rund 93.000 Medizinstudierenden an, die in höheren Semestern sind. Sie sollten in Corona-Hotlines einspringen, Patienten pflegen und Rachenabstriche in Laboren machen. Allein in Münster meldeten sich 40, im ganzen Land waren es Ende März mindestens 20.000, von denen die Bundesvertretung der Medizinstudierenden weiß.

Wie übernehmen Studierende in einer Krise Verantwortung für andere – ohne sich selbst zu überfordern? Das ist eine Frage, die man sich nicht nur in dem Container in Münster stellt, in dem Chiara der Pandemie entgegentritt. Schon länger lehnt sich unsere Generation gegen die Krisen der Gegenwart auf: gegen das Leid von Geflüchteten an den europäischen Außengrenzen, gegen den Klimawandel. Nicht nur Chiara Mewe, sondern auch Julia Bürge, 25, die seit drei Jahren auf Lesbos hilft, und Lucas Pohl, 22, einer der Hauptverantwortlichen von Fridays for Future in Deutschland, stehen deshalb stellvertretend für all die jungen Menschen, die sich gerade für eine bessere Zukunft einsetzen: Allein in Deutschland demonstrierte fast jeder Vierte unter 23 schon einmal bei Fridays for Future, jeder Fünfte unter 30 half Geflüchteten. Bei Chiara begann alles mit ihren Eltern.

Chiaras Mutter ist Gynäkologin, der Vater Neurochirurg in Münster. Beim Abendbrot sprachen sie über invasive Schmerztherapie und Ultraschalltechnik. Nach dem Abi entschied sich Chiara, selbst Medizin zu studieren, inzwischen ist sie im zehnten Semester an der Uni Lübeck.

In den Semesterferien arbeitete sie oft in der Praxis ihrer Mutter, vergab Termine, assistierte im Behandlungszimmer und half im Labor.

Während einer sechsständigen Hotline-Schicht sieht Helfen so aus: Anrufenden, wenn es nötig ist, einen Termin für einen Test organisieren. Das entscheidet Chiara nach den Vorgaben des Robert Koch-Instituts. Sie fragt, ob jemand Kontakt zu Infizierten hatte, Symptome aufweist oder in einem Beruf arbeitet, in dem er viel mit anderen zu tun hat, im Supermarkt oder im Seniorenheim zum Beispiel.

Manche Situationen aber, von denen sie in der Zeit zwischen den Anrufen erzählt, ließen sich nicht abarbeiten wie eine To-do-Liste. Einmal wählte eine Frau statt des Notrufs die Nummer der Hotline. Ihr 60 Jahre alter Ehemann war nach fünf Tagen Fieber und positivem Covid-19-Test kollabiert.

Chiara war auf die Panik, die in den Worten der Anruferin mitschwang, und ihre Not nicht vorbereitet, so wie niemand auf diese Pandemie vorbereitet war.

Im Studium hatte sie immerhin gelernt, wie sie Menschen beruhigen kann: herausfinden, was der Patient weiß, und Abwehrmechanismen finden, Mitgefühl zeigen, keine medizinischen Fachausdrücke verwenden, und, vor allem, Ruhe ausstrahlen.

Am Telefon wirkt Chiara deshalb meistens gefasst, sie stolpert nicht beim Sprechen. Und es hört sich so an, als würden die Menschen am anderen Ende der Leitung ihre Angst für einen Moment vergessen. Der Frau des Kollabierten habe sie einen Notarzt gerufen und mit ihr in der Leitung gewartet, bis der eintraf, erzählt sie.

»Ich war die ganze Zeit angespannt.« Zu Hause spreche sie nach so einer Schicht oft mit ihrer Mutter. »Und ich gehe solche Momente in meinem Kopf durch, ob ich alles richtig gemacht habe.« Bei der Corona-Hotline helfe sie, weil sie eh gerade Zeit habe, Semesterferien. »Was soll ich herumsitzen, wenn ich etwas einbringen kann?«

Sie sagt das beiläufig. Das tut sie auch, als sie ein paar Wochen später erzählt, dass sie inzwischen jeden Vormittag für fünf Stunden in einem Therapiezentrum arbeitet, wo sie Menschen auf Covid-19 testet, und nachmittags an Online-Kursen in Neurologie und Augenheilkunde teilnimmt, weil das Sommersemester angefangen hat.

Doch ist es selbstverständlich, dass sich der Einzelne gegenüber der Gemeinschaft verantwortungsbewusst verhält? Da sind ja auch #dieseJungenLeute, die auf illegalen Corona-Partys tanzen. Identitäre Influencer, die auf Instagram hetzen. *Travel addicts*, die um die Welt jetten. Und es gibt die #nachbarschaftschallenge, die diese Frage nahelegt. Unter dem Hashtag sammeln sich Fotos von freundlich geschriebenen Zetteln in Hausfluren, auf denen angeboten wird, für die durch Corona besonders gefährdeten Nachbarn einkaufen zu gehen. Es beweist, wie sehr Menschen füreinander eintreten können. Doch braucht es wirklich eine Challenge, um der 70 Jahre alten Nachbarin ein Paket Arabica-Kaffee zu kaufen? Der Soziologe Heinz Bude atmet stoßartig aus, als er am Telefon danach gefragt wird: »Natürlich nicht, es ist menschlich, anderen zu helfen. Aber um das Wort Challenge semantisch zu unterfüttern: Wir befinden uns gerade in einer gesellschaftlichen Zäsur, in der unser Zusammenleben herausgefordert wird.« Vor gut einem Jahr schon hat er ein Buch veröffentlicht, in dem er diesen Einschnitt prophezeit, *Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee*.

Darin beschreibt Bude, wie diese Idee in den vergangenen 50 Jahren in Verruf geriet und wie sie in das öffentliche Bewusstsein zurückkehrte.

»Lange Zeit glaubten die Menschen, sie könnten am besten auf sich selbst aufpassen«, sagt Bude. Sie hätten in eine eigene Wohnung investiert, in die private Rente, in sich selbst mit einem Praktikum nach dem anderen. So hätten sie sich gut vorbereitet gefühlt, um in der Welt zu bestehen. Die Politik habe dieses Verhalten verstärkt. »Das alles stand unter der Überschrift: Eine gute Gesellschaft ist die Gesellschaft der Einzelnen«, sagt Bude. »Was für ein Unsinn!« Jetzt, in Zeiten der Corona-Krise mit überlasteten Kliniken und Selbstisolation, entdeckte der Einzelne seine Schwächen. Er bemerke, dass er auf andere angewiesen und mit anderen ver-

bunden sei. Egal, ob das die ältere Nachbarin ist oder ein Anrufer einer Hotline. Bude stellt fest: »Wir gewinnen die Perspektive des Wirs wieder.« Corona scheint dabei nur ein Katalysator zu sein für etwas, das vorher schon da war, nur weniger sichtbar.

Vor einigen Jahren wurde schon einmal ein großes Wir heraufbeschworen, als sich im September 2015 Tausende Geflüchtete auf den Weg nach Deutschland machten. Als Dutzende Münchner die Ankommenden am Hauptbahnhof mit Luftballons empfangen, mit Teddys und, damals schon, Applaus. Angela Merkel verkündete synchron zu diesen Bildern: »Wir schaffen das!« Heute ist von diesem Wir nicht mehr viel spürbar.

Am 23. März 2020 verhängte die griechische Regierung die Ausgangssperre, mehr als 42.000 Geflüchtete sitzen in den Lagern auf den Inseln fest. Viele Organisationen stellten ihre Hilfe ein und kehrten zurück in ihre Heimat, wegen Corona und weil sich Angriffe von Rechtsextremen in den Wochen davor häuften.

Eine, die blieb, ist die Schweizerin Julia Bürge, 25, die im Gemeindezentrum One Happy Family auf Lesbos arbeitete, fünf Kilometer vom Camp Moria entfernt. Bis am 7. März Unbekannte die School of Peace anzündeten, eine israelische Schule auf dem Gelände des Zentrums.

Die Flammen erfassten auch die Büros im Hauptgebäude. Die Wände des Cafés, des Kinos, des Barbershops, in denen die Geflüchteten ihre Zeit verbracht hätten, sagt Julia, seien schwarz vom Ruß. »Mein Alltag ist gerade nicht mehr existent.« Es sei schwerer für sie, von ihrer Wohnung aus zu helfen.

Julia erzählt das alles am Telefon. Man sieht durch die Kamera ihres iPhones: eine Küchenzeile mit Spüle und Abtropfgitter, die kaffeebraunen Fliesen ihrer Wohnung in Mytilini, einer Hafenstadt auf Lesbos.

Sie dreht sich mit hochgebundenen Locken am Fenster eine Zigarette.

Zum ersten Mal beschäftigte sie sich mit den Geschichten der Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen, während ihrer Maturaarbeit, das schweizerische Pendant zur Facharbeit. Da schrieb sie über minderjährige Geflüchtete in der Schweiz. Das zweite Mal, als sie nach ihrem Abschluss umherreiste, weil sie noch nicht genau wusste, was sie mit ihrem Leben anfangen wollte. Damals, 2015, sprachen Medien

und Politiker gerade vom Höhepunkt der »Flüchtlingskrise«, und Julia kam immer wieder auch in Länder, in denen viele aufbrachen, um ihrem Traum von einem sicheren Europa nachzureisen: Marokko, Senegal, Iran.

Die Gastfreundschaft, die sie dort erlebte, begeisterte sie. »Die Leute sprachen mich auf der Straße an, boten mir ihre Couch zum Schlafen an und bestanden darauf, mich zum Essen einzuladen.« Immer wieder hörte sie dabei Geschichten von einem Neffen, den Söhnen oder den Enkelinnen, die auf Lesbos festsaßen. »Sie fragten mich: Wie sind die Unis in Europa? Wie die Jobs?« Schon damals endete Europa für viele an seinen Außengrenzen. Nur erreichte diese Nachricht kaum jemanden in ihrer Heimat, auch nicht Julia, nicht in dieser Dimension. Es war aus der Ferne schwer nachvollziehbar, warum die Geflüchteten auf Lesbos blieben.

»Ich wollte den Menschen, denen ich auf meinen Reisen begegnet bin, etwas zurückgeben, indem ich ihren Familien helfe«, sagt Julia. Im Juni 2017 kam sie das erste Mal nach Lesbos, von einer Freundin hatte sie von One Happy Family gehört.

Das zweite Mal im Herbst 2017. Und sie blieb.

Julia wollte keine Demos organisieren oder Petitionen aufsetzen, sie wollte etwas für den Einzelnen tun. Vor dem Brand im Zentrum und vor Corona arbeitete sie sich ins griechische Asylrecht ein, das sich ständig änderte. Sie assistierte Geflüchteten bei Anträgen. Sie lief Anwälte und Psychologen ab, die gefolterten und verfolgten Menschen helfen sollen. Sie hörte zu. Von Geflüchteten und ihren Kollegen bekam sie Nachrichten, manchmal 100 oder 200 pro Stunde. Gerade seien es weniger, vielleicht 30 am Tag. Eine, die hängen blieb, liest sich so:

»For me all the night was cold on my attend without electricity this morning (...) The water was really cold (...) Last night because of all this things (...) I tried to kill myself. I can't continue like this (...) Here is no one to help me. Julia I will die please find me a place till I get better.«

Natürlich, sagt Julia, gebe es Tage, da würden ihr diese Nachrichten zu viel. Sie antwortet dann nicht sofort wie sonst, manchmal erst ein paar Stunden später. Oder sie spricht mit anderen Helfern. Mit denen, die Ähnliches erleben. Regelmäßig auch mit einem Psychologen.

Von Lesbos für immer wegzugehen, sagt sie, daran denke sie nur selten. »Du weißt, Moria ist noch da. Das kann man nicht einfach hinter sich lassen.« Sie bleibt freiwillig, weil andere es müssen. Und weil man sich gemeinsam irgendwie an die ständig schlechten Nachrichten gewöhnt. Einen so starken Zusammenhalt wie auf Lesbos, sagt Julia, finde man wahrscheinlich selten.

Verantwortung wird leichter, wenn sie von mehreren getragen wird. Auch auf Lesbos formt sich ein Wir, eines unter den Helfern.

Doch die Gemeinschaft Europa verlässt sich darauf, dass es Menschen wie Julia gibt, die aktiv werden, weil sie die Zustände nicht hinnehmen wollen. Gleichzeitig schirmt sich Europa ab.

Viele fühlen sich alleingelassen. Julia weiß, dass Helfende wie sie für den Einzelnen da sein können. Was sie aber wirklich möchte: dass das Asylrecht und das System sich ändern.

Wie rasend schnell ein Ich eine kleine Gruppe und dann ein weltweites Wir werden kann, das so ein System unter Druck setzt, sieht man bei Fridays for Future.

*»!Teilen, weiterleiten, teilen! Schüler*innen sowie Azubis, Studierende und andere junge Menschen streiken diesen Freitag, 14.12., wieder für das Klima und den sofortigen Kohleausstieg (...) Seid ihr dabei? #climatestrike #fridaysforfuture«*

Das stand in einer Kettennachricht, die am 10. Dezember 2018, um 23 Uhr, auch Lucas Pohl auf WhatsApp erhielt, nur knapp vier Monate nachdem Greta Thunberg sich mit ihrem »skolstrejk för klimatet«-Schild das erste Mal vors schwedische Parlament gesetzt hatte. Die Jahre zuvor markierten die heißesten seit Beginn der Temperaturentwicklung.

Lucas, 22, erzählt davon an einem Freitag Ende März. Über die Handykamera sieht man ihn mit zerwühlter Stay-at-home-Frisur im Zimmer seiner Zweier-WG in Berlin-Alt-Tempelhof. Am Ikea-Regal hängt ein Poster der ersten Demo in Kiel 2018. »Ich war schon immer irgendwie ein politischer Typ«, sagt er. Doch niemand beeindruckte ihn so wie Greta Thunberg, über die er in der ZEIT den ersten Bericht

gelesen hatte. »Das war schon echt mutig, sich da vor das Parlament zu setzen und jeden Tag zu streiken.« Dann ging alles unglaublich schnell, auch bei ihm: So war er am 14. Dezember 2018 auf seiner ersten Demo von Fridays for Future in Kiel, wo er damals noch im ersten Semester Politikwissenschaft und Soziologie studierte. Rund 500, das schätzte die Bewegung, nahmen daran teil. Er übernahm die Koordination der Instagram- und Facebookseite. Er organisierte den Sommerkongress mit, bei dem sich rund 1700 Teilnehmer in Dortmund trafen, und erlebte am 20. September 2019 den Höhepunkt von Fridays for Future: die Demos, bei denen in Deutschland laut eigenen Angaben 1,4 Millionen Menschen für das Klima streikten.

Und den größten Tiefschlag am selben Tag, er nennt ihn »den frustrierendsten Moment« in seiner Zeit als Aktivist: das Klimapakete der Regierung. Die Ziele des Pariser Klimaabkommens und damit die der Bewegung schienen unerreichbar. »Das war ein Tritt ins Gesicht.« Lucas sagt, er habe damals am Pariser Platz in Berlin die Videos vom Tag für Instagram und Facebook bearbeitet und hochgeladen. Hinterher sei er für ein paar Tage mit dem Zug nach London und Cambridge gefahren, zur Erholung. Er habe sich, genau wie die Bewegung, erst einmal sortieren müssen. Sein Studium habe für Fridays for Future »krass gelitten«, es liege jetzt erst mal auf Eis. »Die Uni ist gerade einfach nicht der richtige Ort für mich. Die Erfahrung bringt mir gerade mehr als eine Vorlesung in Internationale Beziehungen.« Wie Chiara waren es bei Lucas die Eltern, die ihn inspirierten und die ihn auch schon auf Demos begleiteten. »Sie verstanden: Nicht alles Wichtige im Leben kann man im Studium lernen.« Im März 2020 organisiert sich wegen der Corona-Krise auch die Bewegung neu. »Ich lebe gerade in Videokonferenzen«, sagt Lucas. Die Aktivist*innen müssen sich nun noch mehr als früher miteinander beraten: Wie gehen sie mit der Pandemie um? In den Ortsgruppen, den AGs, auf Social Media? »Es sind bestimmt drei, vier Stunden am Tag, die ich in solchen Treffen verbringe«, sagt Lucas. »Das ständige Telefonieren ist schon eine Belastung.« Jetzt falle der persönliche Kontakt komplett weg, der auch bei Fridays for Future wichtig war, trotz dezentraler Arbeitsweise.

Die Streiks finden nun im Internet statt. Jeden Freitag strecken dann mal 100, mal 250, mal 300 Aktivisten aus den Ortsgruppen ihre Schilder in die Webcam statt in die Luft, auf denen »#ClimateStrikeOnline« steht oder »*Treat every crisis like a crisis*«. »Das ist dann für fünf Minuten cool und dann irgendwie gleich wieder verpufft«, sagt Lucas Anfang März. »Wie soll das denn auch gehen?« Die Webinare, einstündige Videos mit Greta Thunberg zum Beispiel, die täglich live gehen, seien eine gute Abwechslung für die vielen bei ihnen, die immer Bock hätten, was zu machen. Eineinhalb Monate später haben die Aktivisten von Fridays for Future Antworten gefunden und am 24. April den ersten globalen Netzstreik organisiert. Sie hängten Plakate an Brücken, legten Tausende vor den Bundestag und streamten ihren Protest live. Auf YouTube, Facebook, Twitter, Instagram, sagt Lucas, hätten sie mehr als 214.000 Views gehabt.

Dass die Demos im Netz Platzhalter sind für das Potenzial der Straße, dass weniger Leute sie wahrnehmen, darüber kann diese Zahl nicht hinwegtäuschen. Doch sie zeigt, dass eine junge Generation an ihren Bildschirmen sitzt, die eine Veränderung im Denken der Politiker erwartet. Und die scheinen plötzlich mehr auf die Wissenschaft zu hören.

»Natürlich ist das frustrierend«, sagt Lucas. Allerdings nicht weil die Regierung angemessen auf die akute Krise reagiere, sondern weil sie die andere, die Klimakrise, dabei vergesse. Seine Antwort darauf, was ihn gerade antreibt, ähnelt der von Julia auf Lesbos. Anders als sie möchte er aber nicht die Zustände einer schlimmen Gegenwart verbessern, sondern eine schlimme Zukunft abwenden.

Er sei »verdammt wütend darüber, dass die Regierung nicht langfristiger denkt«. Er sagt: »Wir müssen gerade jetzt den Druck auf Politiker erhöhen, auch für die Klimakrise Verantwortung zu übernehmen. Sie dürfen sich nicht verhalten, als hätten wir viel Zeit.«

Der Soziologe Heinz Bude bezeichnet diesen Wunsch von sozialen Bewegungen, den Staat mehr in die Verantwortung zu zwingen, als Suche nach Schutz und wechselseitiger Hilfe. Dahinter steckt die Idee, dass es nicht nur die einzelnen Menschen sein dürfen, die für andere eintreten. Das System, das sagte schon Julia, muss diesen Zusammenhalt auch garantieren und angemessen honorieren. Was dafür getan

werden sollte, zeigen die Krisen dieser Zeit. Die neueste, die Corona-Krise, legt sich wie ein Vergrößerungsglas auf die Schwachstellen der Gesellschaft.

Sie zeigt noch deutlicher die Not: Krankenhäuser und Seniorenheime, in denen schon vor der Pandemie Zehntausende Pflegekräfte fehlten. Menschen, die an Europas Außengrenzen in überfüllten Lagern ohne Hygienestandards und ausreichend medizinische Versorgung festsitzen. Das Klima, dessen Schutz Regierungen schon vorher nicht priorisierten.

Sie zeigt aber auch die Chancen deutlicher, die in einer sorgsameren Welt stecken könnten: Menschen, die jetzt Maske tragen, Abstand halten, zu Hause bleiben, um sich und andere zu schützen. Den Aufruf #LeaveNoOneBehind, an dem sich Tausende mit Spendenaktionen beteiligen. Sie fordern eine Evakuierung der Geflüchteten-camps an den europäischen Außengrenzen. Delfine, die an den Bosphorus zurückkehren, und den freien Blick auf den Himalaya, weil die Luft weniger verschmutzt ist.

Die Krise zeigt, was jeder zu einem neuen Wir beitragen kann. Nicht nur Chiara, Julia und Lucas. Das neue Wir, das die drei vorzeichnen, ist jung, pragmatisch, ausdauernd und flexibel. Es hilft, indem es sich mal eben selbst beibringt, was es dafür braucht. Es will nicht warten, bis die ältere Generation endlich alles ausdiskutiert und Kompromisse gefunden hat, und versteht nicht, wieso sie die Probleme dieser Zeit so schlecht zu begreifen scheint.

Dieses neue Wir trägt aber auch den Wunsch in sich, dass die Gesellschaft ihm etwas abnimmt und es unterstützt, wenn es schon den Anfang gemacht hat.

ZEIT CAMPUS 4/2020